

Geschäftsstelle

**Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
K-Drs. 232a**

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Entwurf des Berichtsteils zu Teil B – Kapitel 3.7 (Grundforderungen an Politik und Gesellschaft)

Vorlage des Kommissionsvorsitzenden Michael Müller
für die 31. Sitzung der Kommission am 15. Juni 2016

ZWEITE LESUNG

BEARBEITUNGSSTAND: 10.06.2016

3.7 Grundanforderungen an Politik und Gesellschaft

3.7.1 Der Umgang mit der Veränderung der Zeitstrukturen

Entwicklungen zu deuten, Zusammenhänge zu verstehen, das Geschehen und seine Abläufe einzuordnen und Verantwortung zu übernehmen, das braucht Zeit, andernfalls sind Reflexion und Antizipation nicht möglich. Die Forderung, mehr Zeit zur Reflexion zu finden, ist auch Bestandteil aktueller Nachhaltigkeitskonzepte¹. Das muss vor dem Hintergrund der weitreichenden Fernwirkungen moderner Technologien und der Beschleunigung aller Abläufe in der globalisierten und digitalisierten Welt gesehen werden. Von daher liegen in der Beschleunigung der Zeitstrukturen (insbesondere durch die Digitalisierung) nicht nur Chancen, sie sind auch eine der großen Herausforderungen in der modernen Gesellschaft. Der Sozialwissenschaftler Hartmut Rosa hat die zunächst befreiende und die Menschen befähigende Wirkung der modernen Beschleunigungsdynamik in einer Weise beschrieben, dass sie heute in ihr Gegenteil umzuschlagen droht².

Vermeintliche Zeitgewinne können zu Lasten der Natur und Lebensbedingungen künftiger Generationen gehen, wenn sich Ungeduld, Kurzfristigkeit und einseitige Ausrichtung auf die Gegenwart verheerend auf die Zukunft auswirken³: „Der Mensch ist weder ein Irrtum der Natur, noch sorgt diese automatisch und selbstverständlich für seine Erhaltung. Der Mensch ist Teilnehmer an einem großen Spiel, dessen Ausgang für ihn offen ist. Er muss seine Fähigkeiten voll entfalten, um sich zu behaupten und nicht Spielball des Zufalls zu werden“⁴. Dass dies für die Permanenz eines humanen Lebens gelten muss, ist der Kern des Prinzips Verantwortung.

Deshalb findet seit einigen Jahren eine Debatte über die Diskrepanz zwischen den Natur- und den Kulturrhythmen statt, insbesondere durch die mangelnde Berücksichtigung im Großprojekt des Fortschritts. In seiner unvollendeten Form hat es „die durch Rhythmen gesteuerten zeitlichen Ordnungen des Lebendigen in die Defensive gedrängt. Technik und Ökonomie – und deren Dominanz – haben in unserer Industriegesellschaft den Takt ... an die Stelle der rhythmischen Gliederung des Werdens und Vergehens, das Aktivität und Ruhe, des Schlafens und Wachens, des Auf- und des Abbaus gesetzt“⁵.

Für den Sozialphilosophen Norbert Elias ist der Umgang mit Zeit Ausdruck einer menschlichen Syntheseleistung: „Zeit, so könnte man sagen, ist ein Symbol für eine Beziehung, die eine Menschengruppe, also eine Gruppe von Lebewesen mit der biologisch gegebenen Fähigkeit zur Erinnerung und zur Synthese, zwischen zwei oder mehreren Geschehensabläufen herstellt, von denen sie einen als Bezugsrahmen oder Maßstab für den oder die anderen standardisiert“. Das Umschalten auf „Zeitwohlstand“ oder - wie der Sozialethiker Jürgen Rinderspacher sagt - auf „Zeitinvestitionen“ ist eine entscheidende Voraussetzung für eine intergenerative Gerechtigkeit, auch weil dadurch die Voraussetzungen einer reflexiven Modernisierung verbessert werden. Das schließt an die Idee des qualitativen Wachstums oder eines „Wohlstands durch Vermeiden“⁶ an. Auch die Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges

¹ Kopfmüller, Jürgen/Volker Brandl/Juliane Jörissen/Michael Paetau/Gerhard Banse/Reinhard Coenen/Armin Grunwald (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin, S. 305ff.

² Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt am Main

³ Rinderspacher, Jürgen (1996): Zeitinvestitionen in die Umwelt. In: Jürgen Rinderspacher (Hrsg.). Zeit für die Umwelt. Berlin, S. 83

⁴ Eigen, Manfred/Ruthild Winkler (1976): Ludus vitalis. Zürich, S. 14

⁵ Held, Martin/Karlheinz Geißler (1995): Editorial. In: Martin Held/Karlheinz Geißler Von Rhythmen und Eigenzeiten. Stuttgart, S. 7/8

⁶ z. B. Erhard Eppler (1975): Ende oder Wende. Stuttgart oder Michael Müller/Peter Hennicke (1994). Wohlstand durch Vermeiden. Darmstadt

Deutschland“ im Auftrag von BUND und Misereor fordert eine Begrenzung auf ein Maß, „das die Erde als ganze verkraften kann“⁷.

Der Umgang mit Zeit ist ein zentraler Koordinator einer reflexiven Politik, die für das soziale Zusammenleben, unser Verhältnis zur Natur und künftige Lebensbedingungen unabdingbar ist. Das ist auch die Grundidee der Nachhaltigkeit, die im Kern Zeitpolitik ist. „Wir leben in einer Zeit, in der wir immer kurzfristiger handeln und immer schneller entscheiden. Wir leben unter dem Diktat der Kurzfristigkeit ... Massiv werden dadurch Kosten aller Art unseres heutigen Wohlstands auf die Zukunft verschoben“, so beschrieb der frühere UNEP-Generalsekretär Klaus Töpfer die Tatsache, dass die Folgen menschlichen Handelns zu wenig Berücksichtigung in der Gegenwart finden⁸. Der Vorwurf lautet, „dass sie (die Politik) eigentlich sich selbst dem Diktat der Kurzfristigkeit untergeordnet hat. Es ist besorgniserregend zu verfolgen, ... dass Politiker in Parlamenten sich mit der Alternativlosigkeit von Sachzwängen abgeben müssen“.

Dagegen steht die Leitidee der Nachhaltigkeit, die in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen reflexive und ganzheitliche Bewertungen fördert. Sie braucht Institutionen, die in der Lage sind, systematisch die Folgen wichtiger Entscheidungen zu bewerten. Dafür müssen politische Entscheidungen, wissenschaftliche Forschung sowie die wirtschaftliche und technische Innovationskraft in eine Richtung gelenkt werden, die im langfristigen Interesse ökonomische Innovationen, soziale Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit miteinander verbinden. Die Kommission regt dafür an, Nachhaltigkeit stärker noch als bisher institutionell zu verankern. Eine wichtige Option ist es, den parlamentarischen Beirat im Deutschen Bundestag weiter aufzuwerten und in seinen Rechten zu stärken.

3.7.2 Ganzheitlicher Fortschrittsindikator

Die Geschichte der Kernenergie ging von dem Wunsch nach einer unerschöpflichen Energiequelle aus, um die Energiefrage zu lösen, die als Grundlage für ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum gesehen wurde. Auch hier wurde lange Zeit Quantität über Qualität gestellt. Seit einigen Jahren ist die Ausrichtung auf quantitatives Wachstum, gemessen am Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP), als Maß für Fortschritt in die Kritik geraten. Zum einen führt quantitatives Wachstum nicht unbedingt zu einem Mehr an Zufriedenheit und Lebensqualität. Zum anderen geht Wachstum trotz vielfältiger Effizienzsteigerung vielfach auf Kosten der Natur⁹. Das BIP ist kein Indikator für Nachhaltigkeit.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität hat deshalb einen Vorschlag gemacht, „wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt angemessen berücksichtigt und zu einem gemeinsamen Indikator zusammengeführt werden können“¹⁰, um „eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien zu schaffen“. Gerade in der Energie- und Ressourcenpolitik ist dies unverzichtbar für einen Wechsel hin zur Nachhaltigkeit.

Die Kommission sieht einen Zusammenhang zwischen der Energiewende und einem neuen Fortschritts- und Wohlstandsmodell. Die Enquete-Kommission hat einen Wohlfahrts-Indikatorensatz entwickelt, der wichtige ökonomische, soziale und ökologische Daten miteinander verbindet und den Bürgerinnen und Bürgern öffentlich macht. Damit sollen längerfristige Trends hinsichtlich von Verbesserungen oder Verschlechterungen in der Lebensqualität deutlich gemacht werden. Das hätte zur Konsequenz, dass

⁷ BUND/Misereor (Hrsg. 1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Basel, S. 206 ff

⁸ Töpfer, Klaus (2013). Interview in: Lutz Engelke/Günther Bachmann (Hrsg.). future lab germany. Hamburg

⁹ Jackson, Tim (2009). Prosperity without Growth. Report für SCD. New York

¹⁰ Deutscher Bundestag (2011). Schlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Berlin, S. 231

- Wohlstand längerfristig definiert wird;
- Zusammenhänge deutlich werden und bewertet und beachtet werden können/müssen;
- Entscheidungen nicht unter einem kurzfristigen Druck getroffen werden.

Die Kommission regt an, den Vorschlag aufzugreifen, um in Wirtschaft und Gesellschaft das Bewusstsein für längerfristige Entwicklungen zu schärfen.

3.7.3 Mehr Beteiligung für mehr Demokratie

Die Kommission plädiert für eine nationale Entsorgungspflicht, so dass es zu einer Lagerung der in unserem Land verursachten radioaktiven Abfälle in Deutschland kommen muss. Sie ist sich bewusst, dass auch die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfälle mit sozialen Konflikten und politischen Auseinandersetzungen verbunden sein wird, zumal es in den letzten Jahren auch bei anderen Großprojekten, die weit weniger brisant waren, erhebliche Akzeptanzprobleme gab. Um zu einer höheren Akzeptabilität und zu mehr Transparenz über Ziele und Motive zu kommen, empfiehlt die Kommission dem Gesetzgeber, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und ihre Rechte dauerhaft zu regeln. Eine möglichst hohe Akzeptanz der Standortentscheidung setzt voraus, dass

- aus der Geschichte der Kernenergie gelernt wird;
- es vor der Standortauswahl ein transparentes Auswahlverfahren gibt;
- Politik und Gesellschaft dauerhaft Zukunftsverantwortung wahrnehmen;
- die Bürgerinnen und Bürger mehr Beteiligungsrechte bekommen,
- die Kriterien wissenschaftlich fundiert sind, ohne sie auf ein reines Expertentum zu verengen.

3.7.4 Beratung über die Folgen von Technik

Der Deutsche Bundestag beschäftigt sich seit vielen Jahren in unterschiedlicher Form mit den Herausforderungen technischer Entwicklungen. Von großer Bedeutung ist dafür das Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB). Seine Aufgabe ist es, die Politik in wissenschaftlich-technischen Entwicklungen zu beraten und Handlungsoptionen zur Nutzung der Chancen und zur Vermeidung von Risiken aufzuzeigen. Das TAB hat bisher mehr als 160 Untersuchungen durchgeführt.

Auftragsgeber des TAB ist der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, der für das Arbeitsprogramm des TAB zuständig ist. Der Ausschuss entscheidet über die Anforderungen anderer Fachausschüsse zur Durchführung von Analysen sowie für die Kommunikation mit den Gremien des Deutschen Bundestages. Ähnliche Einrichtungen parlamentarischer Technikfolgenabschätzung gibt es in den vielen europäischen Staaten, zunehmend auch im internationalen Bereich. Allerdings findet die Arbeit des TAB und vergleichbarer Einrichtungen angesichts der Bedeutung der „Wissenschaftsgesellschaft“ bisher zu wenig Beachtung in Politik und Öffentlichkeit. Um zu rationalen Bewertungen zu kommen, regt die Kommission an, diese Einrichtung zu stärken¹¹.

¹¹ Vgl. dazu auch das Kapitel B 10 dieses Berichtes.